Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 53 (1959)
Heft: 9

Artikel: Vom Internationalen Bund religiöser Sozialisten
Autor: H.K.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140375

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Darum besorgt, ihre Kinder zu beschützen, haben die Frauen die Pflicht, sich alle mit dem Ziel zu vereinigen, die Atomgefahr zu beseitigen. Sie verlangen eine internationale Verständigung über die sofortige Einstellung der durch nichts zu rechtfertigenden Versuchsexplosionen, die nicht allein eine Vorbereitung auf den Atomkrieg, sondern zugleich eine ständige Gefahr für die Gesundheit und eine Bedrohung für die Entwicklung der künftigen Generationen darstellen.

Die endgültige Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen irgendwelcher Art wird der erste auf eine allgemeine Abrüstung hinzielende Schritt sein, die alle Bevölkerungen anstreben.»

Außerdem wurde an die Expertenkommission für die Sistierung der Kernversuche ein Appell gerichtet, der mit folgendem Absatz schließt:

« Sie (die in Brunate zusammengekommenen Frauen) verlangen von den in Genf versammelten Wissenschaftern, daß sie ihr Wissen und ihre Autorität benutzen, um die sofortige Einstellung der durch nichts zu rechtfertigenden Kernversuche zu fordern, die nicht allein eine Vorbereitung auf den Atomkrieg darstellen, sondern zugleich eine dauernde Gefahr für die Gesundheit ihrer Kinder, eine Bedrohung der Entwicklung der zukünftigen Generationen repräsentieren.»

Resolution und Appell wurden im Plenum einstimmig angenommen und beschlossen, dieselben, wie die Resolutionen der anderen Kommissionen, durch eine Delegation des Kongresses in Genf überreichen zu lassen.

Gertrud Woker

Vom Internationalen Bund religiöser Sozialisten

Vom 3. bis 8. August tagte der Internationale Bund religiöser Sozialisten, der normalerweise alle drei Jahre seine Konferenzen abhält, auf der Boldern ob Männedorf. Aus Westdeutschland, Holland, Schweden und der Schweiz waren rund 30 Abgeordnete der Landesvereinigungen und sonstige Teilnehmer erschienen; dazu kam eine ganze Reisegesellschaft aus Schweden, Mitglieder unserer dortigen Organisation, die als Gäste den Verhandlungen beiwohnten und alle Vorträge und Voten fortlaufend übersetzt erhielten.

Mein Eindruck von der Tagung ist zwiespältig. Der herrliche Naturrahmen, das schöne Wetter, die gastfreundliche Unterkunft in der neuen, gediegenen Heimstätte der Reformierten Kirche des Kantons Zürich, die gemeinsamen Ausflüge und der anregende Verkehr unter den Konferenzteilnehmern — das alles schuf eine Atmosphäre, in der man sich wohlfühlen konnte. Und doch konnte unsereinen der sachliche Verlauf der Tagung nicht befriedigen. Das Gesamtthema «Unsere Aufgabe in der sozialistischen Bewegung» hätte zwar die Möglich-

keit geboten, die chronische Krise des westlichen Sozialismus, die sich von Jahr zu Jahr verschärft, gründlich zu beleuchten und vom evangelischen Boden aus Wege zu ihrer Überwindung zu zeigen, in Hinsicht auf die wirtschaftlichen, sozialen und innerpolitischen Fragen wie auf die internationalen Spannungen. Aber die Beschränkung der Vorträge auf die «sozialen Strukturänderungen im Zeitalter des Wohlfahrtsstaates» und ihren Einfluß auf Denken und Verhalten der Menschen, ergänzt durch einen Vortrag über die Neugestaltung der Bildungsarbeit, dazu die Auswahl der Referenten (Pfarrer Zetterberg, Schweden, Professor Max Weber, Schweiz, Dr. E. Thier, Deutschland, Dr. van Biemen, Holland) und die Art und Weise, wie die meisten von ihnen ihre Aufgabe angriffen, setzte einem solchen Unterfangen von vornherein enge Grenzen. Und wer etwa trotzdem einen Versuch machte, die Aussprache auf die konkreten, brennenden Fragen der sozialistischen Bewegung und auf unseren Beitrag zu ihrer Bewältigung zu lenken, fand insgesamt nur schwachen Widerhall. Das Wesentliche, das gerade wir, als christlich ausgerichtete Sozialisten, in die heutige Weltlage hinein sagen müßten, blieb so ungesagt und kam höchstens in den Diskussionen am Rande der Konferenz zur Geltung.

Der Grund dafür braucht nicht weit gesucht zu werden. Die meisten Landesvereinigungen unserer Internationale sind so eng mit «ihren» sozialdemokratischen Parteien verbunden — die große schwedische Organisation ist sogar gesamthaft der schwedischen Arbeiterpartei angeschlossen —, daß sie, wie sich schon an der Frankfurter Konferenz des Bundes von 1955 gezeigt hatte, einer Kritik an der Haltung dieser Parteien aus christlicher Sicht möglichst aus dem Wege gehen, wenn sie sich nicht gar entrüstet über solche Ketzerei aufhalten. Aufs neue hat sich uns so bestätigt, wie verhängnisvoll es war, daß sich der Internationale Bund religiöser Sozialisten in seiner 1952 revidierten Prinzipienerklärung ausdrücklich auf die «Grundsätze für die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» beruft, die im Programm der Sozialdemokratischen Internationale von 1951 enthalten sind. Unsere religiössoziale Vereinigung hatte diesen Abschnitt vergeblich schon an der internationalen Konferenz von Nykoeping (Schweden) bekämpft, hatte dann in Frankfurt 1955 ebenso vergeblich einen Antrag auf Streichung der für uns anstößigen pauschalen Bezugnahme auf das Programm einer politischen Partei verteidigt und schlug nun auch auf Boldern deren Ersetzung durch eine Formulierung vor, die einfach erklärte, daß wir «in Übereinstimmung mit den Grundsätzen eines freiheitlichen Sozialismus nach größerer Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Frieden der Welt streben» wollen. (Der ursprüngliche Wortlaut unseres Antrages war zugunsten dieser Formulierung im Sinn eines Entgegenkommens an die «andere Seite» fallen gelassen worden.) Wir betonten neuerdings, daß wir vor allem grundsätzlich keinerlei Bindung an das Programm irgendeiner Gruppe von politischen Parteien anzuerkennen vermöchten, die ja von

ganz anderen Grundauffassungen ausgehen als wir religiösen Sozialisten. Aber auch der sachliche Inhalt des Programms der Sozialistischen Internationale — so legten wir dar — kann von uns keineswegs als Ganzes übernommen werden, ist es doch ein ausgesprochenes Erzeugnis des Kalten Krieges und durch die seit 1951 eingetretene Entwicklung der Weltlage noch mehr überholt, als dies schon damals der Fall war. Wir wollen den einzelnen Landesvereinigungen unseres Bundes keine Vorschriften für ihre Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien machen, lehnen es aber auch für uns ab, auf die Ideologie dieser Parteien festgelegt zu werden.

Die Aussprache offenbarte deutlich die Verlegenheit, in der sich eine Reihe von Delegierten und anderen Konferenzteilnehmern in bezug auf die Frage der Unabhängigkeit von allen politischen Parteien befanden. Schließlich wurde aber unser Antrag, der auch die Unterstützung der Fédération Romande des Socialistes religieux und der durch sie mitvertretenen französischen Gruppe fand, mit vier gegen drei Stimmen abgelehnt. (Jedes Land hat zwei Stimmen; da in der Schweiz neben unserer Religiössozialen Vereinigung noch die Neue Religiössoziale Vereinigung besteht, hat jede dieser beiden Gruppen je eine Stimme, während die welsche Gruppe nur dank der Abwesenheit einer französischen Delegation Stimmrecht hatte.) Die beiden deutschschweizerischen Vereinigungen und die romanisch-französische Föderation stimmten für unseren Antrag, je eine holländische und schwedische Stimme sowie die beiden deutschen Stimmen wurden gegen unseren Antrag abgegeben, während sich, wenn wir nicht irren, ein holländischer und ein schwedischer Delegierter der Stimme enthielten.

Wir stellten nach der Abstimmung die Frage, ob Vereinigungen, die die Prinzipienerklärung des Internationalen Bundes in einem wichtigen Punkt nicht anerkennen, auch weiterhin Bundesmitglieder bleiben könnten. Die Konferenz als solche gab darauf keine klare Antwort, doch meinte der Präsident, er sehe keinen Grund dafür, daß diese Landesvereinigungen nun aus dem Bund austreten müßten. Es wird also Sache der betreffenden Gruppen sein, sich über ihre weitere Zugehörigkeit zum Bund auszusprechen.

Die übrigen Traktanden gaben keinen Anlaß zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Die Deutschen, die heftige und wenig sachliche Kritik an der Bundesleitung übten, werden für die nächsten drei Jahre den neugeschaffenen Posten eines zweiten Vizepräsidenten zu besetzen haben, während das Präsidium des Bundes, das seit acht Jahren in den Händen von Professor Willem Banning (Holland) lag, gemäß einmütigem Beschluß auf den bisherigen Sekretär, Dr. Adrian van Biemen, übergeht, der ja mit allen Fragen, die die Tätigkeit (oder Untätigkeit?) des Bundes angehen, aufs beste vertraut ist. *H. K.*